



Prof. Dr. Gisela Jakob

Anerkennungskultur als Ausdruck einer Modernisierung des freiwilligen Engagements



War früher die zentrale „Belohnung“ für ein Ehrenamt die damit verbundene Ehre und Aufwertung innerhalb der lokalen oder verbandlichen Gemeinschaft, so wird dies heute durch den Begriff der Anerkennung ersetzt. Begriffe wie Ehre, Pflicht und Dienst für eine Gemeinschaft, die mit einem traditionellen Ehrenamt einhergehen, haben in modernen Gesellschaften an Bedeutung verloren (vgl. Pankoke 1994). Demgegenüber haben subjektive Ansprüche auf Sinn und Selbstverwirklichung, aber auch auf Mitgestaltung und Mitsprache bei einer bürgerschaftlichen Betätigung an Bedeutung gewonnen.

Das Engagement muss von den Engagierten als sinnvoll und anerkannt erfahren werden. Diese Erfahrung sinnhaften Handelns speist sich aus einer Gemengelage von gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Haltungen und individuellen biografisch gewachsenen Motiven. Ein länger dauerndes Engagement, bei dem Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für die Belange des Gemeinwesens übernehmen, kommt nur dann zustande, wenn es eine biografische Passung zwischen den Anforderungen des Engagements sowie den eigenen biografischen Erfahrungen und Relevanzsetzungen gibt (vgl. Jakob 1993). D.h. die Engagierten müssen Bezüge zu ihrem Erfahrungshintergrund, zu biografischen Ereignissen und lebensgeschichtlichen Themen herstellen können.

Engagierte stellen heute neue Ansprüche auf eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Engagements und der Arbeitsabläufe. Die Bereitschaft, sich in vorliegende Arbeitsstrukturen einzufügen und vorgegebene Aufgaben zu übernehmen, ist im Schwinden begriffen. Als selbstbewusste Bürger wollen die Engagierten die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte ihres Engagements mitbestimmen und stellen zunehmend Ansprüche, an Entscheidungsprozessen, die ihr Engagement betreffen, beteiligt zu werden. Die Übernahme von sozialer Verantwortung und der persönliche Anspruch auf Mitgestaltung des Gemeinwesens unter Berücksichtigung eigener Bedürfnisse und Vorstellungen gehen dabei eine neue Verbindung ein, die auch Grundlage einer modernen Engagementförderung sein muss.

Der Begriff der Anerkennung symbolisiert diese Veränderungen beim Engagement. Wenn Ehre an Bedeutung verliert und Engagement auch nicht mehr selbstverständlich aufgrund der

Zugehörigkeit zu einem sozialen Milieu und seinen Organisationen hervorgebracht wird, dann bedarf es neuer Formen der Anerkennung und Wertschätzung, die den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso wie den gewandelten Haltungen der Bürger Rechnung tragen. Anerkennung lässt sich nicht auf einzelne herausgehobene Maßnahmen beschränken, mit denen den Engagierten einmal im Jahr Dank ausgesprochen wird. Die sich in den letzten Jahren herausgebildete Praxis der zahlreichen Preisverleihungen, Wettbewerbe etc. hat demnach auch eine Kehrseite, weil sie symbolische Formen der Anerkennung stark betont. Der Begriff der *Anerkennungskultur* verweist vielmehr darauf, dass gebündelte und vielfältige Aktivitäten notwendig sind, die es den Bürgern ermöglichen, sich zu beteiligen und zu engagieren sowie darin Unterstützung und Wertschätzung zu erfahren (vgl. Langfeld/Wezel/Wolf 2001).

Anerkennung darf sich nicht auf symbolische Formen beschränken, sondern es geht angesichts selbstbewusster Bürger und neuer Wünsche nach Mitsprache und Kooperation „auf gleicher Augenhöhe“ um die Erweiterung von Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und ihren Organisationen. Anerkennung und die Etablierung einer entfalteten *Anerkennungskultur* werden dabei zu einem umfassenden *gesellschaftlichen Projekt*, das an alle beteiligten Akteure neue Anforderungen stellt: den Staat ebenso wie die Organisationen der Bürgergesellschaft – also Vereine, Initiativen, Verbände etc. –, aber auch Akteure aus Wirtschaft, Unternehmen und Medien.



Immaterielle, geldwerte und monetäre Anerkennungsformen

Mittlerweile hat sich eine Vielfalt an Anerkennungsformen herausgebildet. Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ unterscheidet in ihrem Bericht drei verschiedene Typen von Anerkennungsinstrumenten (vgl. zum Folgenden Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002, S. 268 ff.):

- **Immaterielle Formen der Anerkennung:** Dies sind alle Formen der Anerkennung mit einer hohen symbolischen Bedeutung. Dazu gehören sowohl die vielfältigen Formen der Danksagung an die Engagierten als auch die verschiedenen Formen von Auszeichnungen und Ehrungen, die von der Überreichung von Medaillen bis hin zu Ehrenmitgliedschaften etc. reichen.
- **Geldwerte Anerkennungsformen:** Dazu gehört das ganze Spektrum an Gratifikationen, in denen nicht direkt Geld gezahlt wird, die aber durchaus einen finanziellen Wert haben. Dies sind z.B. Formen wie die kostenlose oder ermäßigte Nutzung lokaler Einrichtungen durch Engagierte (beispielsweise die Ehrenamts-Card in Hessen und einigen anderen Bundesländern), Sponsorenleistungen von Betrieben, Freistellungen für ein Ehrenamt, aber auch Fort- und Weiterbildungsangebote.
- **Monetäre Anerkennungsformen:** Dies sind all jene Formen direkter monetärer Zuwendung in Form von Vergütungen wie geringfügige Entgelte und Taschengelder, Aufwandsentschädigungen für entstandene Kosten, Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen sowie Beitragszahlungen zur Haftpflicht- und Unfallversicherung für die Engagierten.

All diese Instrumente und Maßnahmen stellen *Formen der Wertschätzung und Würdigung* dar, die auf eine Anerkennung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger zielen. Auch monetäre Formen sind durchaus wichtige und unverzichtbare Formen der Anerkennung des Engagements. So gehört die Sicherstellung einer haftungs- und unfallrechtlichen Absicherung ehrenamtlichen Engagements ebenso wie die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für entstandene Kosten zum Standard einer modernen Engagementförderung. Dem liegt der zentrale Gedanke des Nachteilsausgleichs zugrunde: Engagierten sollen durch ihr Engagement keine Nachteile etwa durch zusätzliche Kosten oder durch eine fehlende rechtliche Absicherung entstehen. Hinzu kommt, dass durch eine selbstverständliche Gewährung von Aufwandsentschädigungen auch Menschen ein Engagement ermöglicht wird, die nur über eingeschränkte finanzielle Mittel verfügen.

Allerdings haben insbesondere die monetären und materiellen Gratifikationen auch eine zweite Seite und bergen Gefahren für das bürgerschaftliche Engagement. Dies ist der Hintergrund für meine provozierende Frage nach der Gefährdung des Eigensinns bürgerschaftlichen Engagements durch monetäre Anreize.



Abb. 1: Neue Wege in der Engagementförderung (Foto: Coulmas)

Gefährden monetäre Anerkennungsformen den Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements?

Wenn direkte monetäre Vergütungen und Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, die mehr als die Kosten für den entstandenen Aufwand abdecken, verändert dies das bürgerschaftliche Engagement und untergräbt seine zivilgesellschaftliche Ausrichtung:

- Monetäre Vergütungen und als Aufwandsentschädigungen deklarierte Bezahlungen tragen zu einer *Grenzverwischung zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement* bei. Funktionslogiken aus der Erwerbsarbeit wie Loyalitätsverpflichtungen gegenüber dem Arbeitgeber, die Orientierung an Effektivität und Effizienz oder auch der Zwang zur Sicherung des eigenen Einkommens und damit verbundene Abhängigkeiten werden dabei auf das Engagement übertragen und stellen dessen eigene Sinnressourcen und Handlungslogiken in Frage. Insbesondere die Freiwilligkeit des Handelns als Kennzeichen bürgerschaftlichen Engagements wird durch eine Monetarisierung unterlaufen. Darüber hinaus nimmt eine Bezahlung den Engagierten die Freiheit des Handelns und unterwirft sie Mechanismen der Fremdsteuerung durch die jeweiligen Organisationen. „Wer zahlt, der bestimmt?“ (Evers 2006, S. 66) Monetäre Vergütungen könnten zur Folge haben, dass die Engagierten derart in die Organisationen eingebunden werden, dass Potenziale, auf Probleme hin zu weisen und auch unangenehme Dinge anzusprechen, verloren gehen könnten. Darüber hinaus können monetäre Anreize dazu beitragen, dass damit die Motive der Engagierten untergraben werden. Wenn Erwerbs- und Gewinnabsichten zum dominierenden Motiv werden, verschwindet die bürgerschaftliche Motivation.
- **Materielle Gratifikationen reduzieren die Bürgerinnen und Bürger auf den Status eines „homo oeconomicus“** (vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen En-



gagements“, 2002, S. 279). Dem liegt ein Menschenbild zugrunde, nach dem Menschen vor allem durch finanzielle und materielle Anreize zum Handeln motiviert werden. Dies stellt allerdings eine grobe Vereinfachung dar und blendet die Vielfalt der Motive und die empirisch beobachtbare Bündelung von gemeinwohlorientierten Haltungen mit selbstbezogenen biografischen Hintergründen für ein bürgerschaftliches Engagement aus. Eine Reduzierung von Anerkennung auf monetäre Anreize wird der Vielfalt der Motive der Engagierten und ihren Erwartungen an ein Engagement nicht gerecht.

- *Eine Reduzierung der Anerkennung auf monetäre Anreize verschiebt das Problem der Gewinnung neuer freiwillig Engagierter auf die einzelnen Bürger.* Dem liegt ja die Überlegung zugrunde, es bräuchte nur genügend attraktiver materieller Anreize, um Bürger für ein Engagement zu gewinnen. Dabei bleibt völlig unberücksichtigt, dass es häufig nicht an den Bürgern und deren Engagementbereitschaft liegt, sondern dass bürokratische Strukturen und Abschließungstendenzen in den Organisationen Engagement verhindern oder zumindest erschweren. Zu wenig Engagement ist nicht in erster Linie ein Problem der Bürgerinnen und Bürger, sondern häufig auch ein Problem der gesellschaftlichen Organisationen, die immer weniger in der Lage sind, Engagement und selbstbewusste Bürger in ihre Strukturen zu integrieren. Die Entwicklung vieler Non-Profit-Organisationen zu Dienstleistungsunternehmen, die professionell ihre Angebote bereitstellen und sich zunehmend an betriebswirtschaftlichen Logiken orientieren, drängt das Engagement immer stärker an den Rand. Hinzu kommen gesellschaftliche Veränderungen wie die Auflösung tradierter sozialer Milieus, welche die Mitgliederbasis schwächen und neue Bedingungen für die Integration Ehrenamtlicher stellen. Nur ein Teil der gemeinnützigen Organisationen stellt gezielte Überlegungen an, wie Engagierte auf neue Weise in die veränderten Organisationsstrukturen eingebunden werden können und wie eine moderne Engagementförderung für die eigene Organisation aussehen kann. Monetäre Anreize können jedenfalls umfassende Überlegungen und systematische Verfahren zur Integration von Engagementförderung in die Personal- und Organisationsentwicklung des jeweiligen Vereins, Verbandes oder der Kirchengemeinde nicht ersetzen!
- *Monetäre Anerkennungsinstrumente gefährden den Eigensinn des Engagements!* Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist bislang eine Aktivität, mit der sich die Bürgerinnen und Bürger aus dem Empfinden von sozialer Verantwortung heraus ohne Gewinnabsichten und ohne Zwang, also freiwillig, für das Gemeinwesen engagieren. Dies ist in der Regel eine gemeinschaftliche Aktivität, die sie gemeinsam mit anderen erbringen. Die Motive der engagierten Bürger sind dabei vielfältig: die Übernahme

gesellschaftlicher Verantwortung, weil man einen Handlungsbedarf sieht und ein Problem bearbeiten will; das Aktivwerden, weil man sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlt; die Übernahme eines Engagements aus religiösen Gründen, aber auch stärker selbstbezogene Motive wie Wünsche nach einem Kennenlernen anderer Menschen, nach neuen Erfahrungen oder nach dem Erwerb neuer Kompetenzen. Das Zustandekommen von Engagement basiert auf einer *Mischung von gemeinwohlorientierten Motiven und selbstbezogenen Haltungen*, die eine neue Verbindung eingehen und zum Ausgangspunkt für kreative und neue Formen bürgerschaftlicher Betätigung werden. Eine starke oder gar ausschließliche Orientierung auf monetäre Anreize gefährdet aus meiner Sicht den Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements als einer gemeinwohlorientierten Tätigkeit. Die Fokussierung auf finanzielle „Belohnungen“ widerspricht der Idee, dass sich die Bürger aufgrund ihres Bürgerstatus und der damit verbundenen freiwilligen Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und Pflichten engagieren.

- *Monetäre Anerkennungsformen forcieren die Monetarisierung des Engagements!* In vielen Bereichen bürgerschaftlichen Engagements lässt sich seit einiger Zeit eine Tendenz zur Monetarisierung beobachten (vgl. Farago/Ammann 2006, Hessisches Sozialministerium/LandesEhrenamtsagentur Hessen 2007). Insbesondere in Bereichen, wo es einen starken Problem- und Handlungsdruck gibt und neue Versorgungsstrukturen aufgebaut werden müssen, aber auch in Projekten, in denen neue Engagementformen erprobt werden, wird dieser Trend sichtbar. Im Bereich der ambulanten Pflege und der Betreuung Demenzkranker, in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen oder auch in Modellprojekten wie z.B. den „Generationsübergreifenden Freiwilligendiensten“ werden monetäre Anreize geschaffen, um neue Engagementstrukturen aufzubauen. Freiwilliges Engagement wird dabei zum „bezahlten Ehrenamt“ – so eine der Wendungen, mit denen dieses Phänomen bezeichnet wird. Diese Entwicklung ist neben dem bereits erwähnten Problemdruck in Bereichen wie der Pflege und der Betreuung hilfebedürftiger alter Menschen in weiteren Praktiken begründet: Für Organisationen ist es manchmal leichter, Ehrenamtliche durch ein geringfügiges Entgelt zu gewinnen als eine systematisch angelegte moderne Engagementförderung in den eigenen Einrichtungen aufzubauen. So lassen sich mit Aufwandsentschädigungen in Höhe von 5,- oder 7,- Euro pro Stunde „Ehrenamtliche“ gewinnen, für die dieser Geldbetrag dazu dient, das eigene Einkommen zu verbessern. In Bundesmodellprojekten wie den 2005 bis 2008 durchgeführten generationsübergreifenden Freiwilligendiensten, in denen analog zu den Regelungen in den Jugendfreiwilligendiensten geringfügige Entgelte direkt an die Engagierten gezahlt werden sollten, werden solche Tendenzen befördert. Aber auch die Einführung von



Ein-Euro-Jobs im Rahmen von SGB II hat zu einer Monetarisierung beigetragen. Tätigkeiten, die bislang unentgeltlich als ehrenamtliches Engagement getätigt wurden, wurden in geringfügig entlohnte, sog. Ein-Euro-Jobs, transferiert. Wenn das Instrument der Aufwandsentschädigungen dazu genutzt wird, um solche geringfügigen Entgelte zu zahlen, die über den tatsächlich entstandenen Aufwand hinausgehen, dann forciert dies die Monetarisierung des Engagements (vgl. auch Jakob 2006).

Diese kritischen Anmerkungen zu materiellen Gratifikationen insbesondere in Form von direkten Vergütungen bedeuten natürlich *keine* vollständige Ablehnung jeglicher Formen materieller Anerkennung. Selbstverständlich braucht das Engagement auch materielle Formen der Anerkennung. Aufwandsentschädigungen für entstandene Kosten, der versicherungsrechtliche Schutz während des Engagements und die Absicherung von Haftungs- und Unfallrisiken sollten selbstverständlich zum Standard einer modernen Engagementförderung gehören. Und auch gezielt eingesetzte Instrumente immaterieller und geldwerter Anerkennungsformen sind wichtige Instrumente zur Förderung des Engagements. Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme kommunaler Leistungen wie Ermäßigungen bei der Nutzung kultureller Angebote, ein Bonus beim Zugang zu Studienplätzen oder bei der Vergabe von Kindergartenplätzen als ‚Belohnung‘ für ein Engagement und ähnliche Instrumente sind wichtige Formen der Anerkennung und gesellschaftlichen Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements, die noch weiter ausgebaut werden müssen. Problematisch wird es allerdings dann, wenn das Engagement Arbeitscharakter annimmt und engagierte Bürger in die Zwänge und Routinen eines Berufs- und Arbeitsalltags eingepasst werden.

Perspektiven für eine entfaltete gesellschaftliche Anerkennungskultur

Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002, S. 276 ff.) hat sich gegenüber materiellen Formen der Anerkennung wie Vergütungen oder auch steuerlichen Vorteile sehr zurückhaltend geäußert und zum Beispiel explizit gegen eine Anerkennung des Engagements in der Rentenversicherung ausgesprochen. Stattdessen hat sie in ihren Empfehlungen sehr viel stärker auf eine gesellschaftliche Anerkennung gesetzt, die bürokratische Hürden für ein Engagement abbaut, die Infrastrukturen und Gelegenheiten eröffnet, damit sich Bürger/-innen engagieren und beteiligen können.

In diesem Sinne gewinnt auch der Begriff der „Anerkennungskultur“ Bedeutung. Die Anerkennung und Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements ist demnach eine gesellschaftliche Aufgabe, die an Akteure in Politik, in Organisationen wie Vereinen und Verbänden, in Kommunen, in Unternehmen und in den Medien neue Anforderungen stellt. Anerkennung lässt sich nicht auf den Einsatz einzelner Instrumente und

Maßnahmen beschränken und reduziert sich schon gar nicht auf monetäre Anreize. Anerkennungskultur umfasst vielmehr die Vielfalt an Aktivitäten zur Aufwertung und Würdigung des Engagements, die von verschiedenen Akteuren getragen wird. Dazu gehören selbstverständlich die

- Entwicklung angemessener Instrumente der individuellen Ehrung, Würdigung und Wertschätzung,
- die Ermöglichung von Engagement, indem Gelegenheiten bereitgestellt und Freiräume zur Beteiligung geschaffen werden,
- die Öffnung von Organisationen für das Engagement und dessen Einbindung in Prozesse der Personal- und Organisationsentwicklung,
- den Aufbau und die Unterstützung lokaler Einrichtungen und Anlaufstellen zur Engagementförderung wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Bürgerstiftungen etc. sowie
- Qualifizierungsangebote, um die Engagierten darin zu unterstützen, informiert und kompetent zu handeln.

Mit einem solchen Verständnis von Anerkennungskultur als gesellschaftlicher Aufgabe wird die Engführung auf die individuelle Perspektive der engagierten Bürger aufgebrochen. Es geht dann nicht mehr nur um die Frage von Gratifikationen als einer Art „Belohnung“ für das individuelle Engagement. Die Rede von einer vielfältigen Anerkennungskultur, die zu entwickeln und etablieren ist, verweist vielmehr darauf, dass dies ein gesellschaftliches Projekt ist und eine Bandbreite von Aktivitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen erfordert.

Prof. Dr. Gisela Jakob
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit,
Hochschule Darmstadt

Quellen:

- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen
- Evers, Adalbert (2006): Wenn Welten durcheinander geraten. Monetarisierung, bezahlte Arbeit und freiwilliges Engagement. In: Farago/Ammann (Hrsg.): a.a.O., S. 63-74
- Farago, Peter/Ammann, Herbert (Hrsg.) (2006): Monetarisierung der Freiwilligkeit. Zürich
- Hessisches Sozialministerium/LandesEhrenamtsagentur Hessen (2007): „Ohne Moos nix los?!“ Wie viel Bezahlung verträgt das bürgerschaftliche Engagement? Tagungsdokumentation, Wiesbaden
- Jakob, Gisela (1993): Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen
- Jakob, Gisela (2006): „Ohne Geld, aber nicht umsonst!“ Freiwilligenarbeit braucht eine vielfältige Anerkennungskultur. In: Farago/Ammann (Hrsg.): a.a.O., S. 266-273
- Langfeld, Gabriele/Wezel, Hannes/Wolf, Guido (2001): Nürtinger Anerkennungskultur in der Freiwilligenarbeit. In: Diess. (Hrsg.): Bürgergesellschaft konkret. Initiativen und Erfahrungen in Nürtingen. Gütersloh, S. 115-136
- Pankoke, Eckart (1994): Zwischen ‚Enthusiasmus‘ und ‚Dilettantismus‘. Gesellschaftlicher Wandel ‚freien‘ Engagements. In: Vogt, Ludgera/Zingerle, Arnold (Hrsg.): Ehre. Archaische Momente in der Moderne. Frankfurt am Main, S. 151-171